

Pressestatement

von Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland (SoVD)

zur Vorstellung des ersten Monitoring-Berichts „Rente mit 67 – Die Voraussetzungen stimmen nicht“ in der Bundespressekonferenz

Berlin, 11. Dezember 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Voraussetzungen für die Rente mit 67 stimmen nicht – das kann ich auch aus Sicht des Sozialverbands Deutschland (SoVD) nur bekräftigen.

Ich möchte noch kurz auf einen wichtigen Aspekt eingehen: Die Rente mit 67 verschärft das Risiko der Menschen, in Altersarmut zu geraten.

Nur 18 Prozent der älteren Erwerbstätigen sind 2007 aus sozialversicherungspflichtiger Arbeit in die Rente gegangen. Das ist eine verschwindende Minderheit. Der Monitoring-Bericht zeigt, dass sich die Lücke zwischen dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und dem Rentenbezug für viele Menschen durch die Rente mit 67 noch vergrößern wird. Das ist ein entscheidender Faktor für eine künftig steigende Altersarmut.

Zahlen der Deutschen Rentenversicherung von 2006 zeigen, dass über 80 Prozent der Versicherten vor der Rente nicht mehr aktiv sozialversicherungspflichtig erwerbstätig waren. Dabei entfällt ein ganz erheblicher Teil auf ältere Arbeitslose. In den alten Bundesländern gingen 16,9 Prozent aus der Arbeitslosigkeit in Rente. In den neuen Bundesländern waren es sogar 46,6 Prozent – das ist eine alarmierend hohe Zahl.

Für ältere Langzeitarbeitslose ist die Rente mit 67 eine bittere Perspektive: Sie rutschen zunächst in Hartz IV ab und müssen ihre Ersparnisse aufbrauchen, die für das Alter gedacht waren. Außerdem wird ihre Rente dreifach geschmälert: Erstens führt jedes Jahr des Bezugs von Arbeitslosengeld II später nur zu einer Rentenanwartschaft von 2,17 Euro im Monat. Das ist ein verschwindend geringer Betrag. Zweitens wird jeder, der eine vorzeitige Altersrente in Anspruch nehmen muss, mit hohen Abschlägen bestraft. Diese werden bei der Einführung der Rente mit 67 bis zu 14,4 Prozent betragen. Das bedeutet bis ans Lebensende den Verlust von bis zu einem Siebtel des Rentenanspruchs, der mit harter Arbeit erworben wurde. Drittens wird die Rentenhöhe aufgrund der Rentenreformen der vergangenen Jahre bis zum Jahr 2030 deutlich sinken.

Das Fazit lautet: Die Rente mit 67 führt in die Vorruhestandsarmut, die direkt in Altersarmut übergeht.

Dabei verstärkt die Ausweitung des Niedriglohnssektors und der prekären Beschäftigung das Risiko der Altersarmut noch zusätzlich. Angesichts dieser Entwicklungen ist

es überfällig, dass die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket gegen Altersarmut auf den Weg bringt. Da sich Altersarmut nur mit langfristig wirkenden Maßnahmen bekämpfen lässt, muss jetzt gehandelt werden, um eine zukünftig wachsende Altersarmut abzuwenden. Der Verzicht auf die Einführung der Rente mit 67 muss der erste Schritt sein.

Die Bundesregierung ist im Rahmen der Prüfklausel verpflichtet, die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verträglichkeit der Rente mit 67 zu prüfen. Bislang hat die Bundesregierung noch keine Prüfmaßstäbe vorgelegt. Die in der Bundesregierung diskutierte Orientierungsmarke, wonach die Einführung der Rente mit 67 vertretbar sei, wenn 55 Prozent der Arbeitnehmer über 55 erwerbstätig ist, reicht nicht aus. Diese Orientierungsmarke ist viel zu niedrig angesetzt und hebt allein auf die Beschäftigungsquote ab.

Aus unserer Sicht reicht es nicht aus, nur zu prüfen, wie viele über 55-Jährige noch im Arbeitsleben stehen, sondern es muss vor allem darum gehen, wie viele von ihnen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Die Rente mit 67 einzuführen, obwohl fast die Hälfte der über 55-Jährigen arbeitslos ist, wäre verantwortungslos. Denn für alle, die gar keine Chance haben, bis 67 zu arbeiten ist die Rente mit 67 eine Rentenkürzung. Und das betrifft keineswegs nur die Älteren, sondern mehr noch diejenigen, die heute mitten im Berufsleben stehen.

Da auf absehbare Zeit viele Berufstätige keine Chance haben, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten, lehnen wir die Rente mit 67 entschieden ab.

Abschließend möchte ich Ihnen noch einen Ausblick auf das weitere Vorgehen des „Netzwerks für eine gerechte Rente“ geben. Der vorliegende Monitoring-Bericht ist der erste von fünf Berichten, die sich jeweils mit einem Schwerpunktthema befassen werden. Der nächste Bericht wird im Frühjahr 2009 zum Thema Altersarmut erscheinen. Schon der heute vorgelegte Bericht belegt eindeutig, dass die Rente mit 67 die Altersarmut verschärft. Im nächsten Bericht wird dies mit weiteren Daten untermauert werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.